

7 K 3/24



Amtsgericht Witten

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Mittwoch, 02.07.2025, 10:00 Uhr,
1. Etage, Sitzungssaal 159, Bergerstr. 14, 58452 Witten**

folgender Grundbesitz:

Grundbuch von Heven, Blatt 2378,

BV lfd. Nr. 1

Gemarkung Heven, Flur 14, Flurstück 1051, Gebäude- und Freifläche, Kleff 54 d,
Größe: 291 m²

BV lfd. Nr. 2

Gemarkung Heven, Flur 14, Flurstück 1055, Gebäude- und Freifläche, Kleff, Größe:
32 m²

versteigert werden.

Das Flurstück 1051 ist mit einem 1-geschossigen, unterkellerten Reihenendhaus bebaut (Baujahr: 1995). Dachgeschoss und Spitzboden sind ausgebaut. Die Wohn-/Nutzfläche beträgt ca. 135 qm.

Auf dem Flurstück 1055 steht eine Garage, ein Pkw-Stellplatz ist angelegt.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 16.02.2024 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

416.000,00 €

festgesetzt.

Die Einzelwerte betragen:

- Gemarkung Heven Blatt 2378, lfd. Nr. 1 401.000,00 €
- Gemarkung Heven Blatt 2378, lfd. Nr. 2 15.000,00 €

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.